



## Zur Kritik am Kapitalismus

*Dr. Josef Joffe*

*Herausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT*

„Das kapitalistische Raubtier streift nicht mehr durch den Westen. Es ist ein Hauskater geworden, der an der Leine des Wohlfahrts- und Umverteilungsstaates läuft, aber freundlicherweise kräftig genug ist, um uns märchenhaften Reichtum zu verschaffen.“

Die Auszeichnung, die ich heute hochgeehrt und hochehrt empfangen, trägt den Namen des zweiten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, des besten, beständigsten und freiheitlichsten Staatswesens, das die Deutschen je hervorgebracht haben. Also lassen Sie uns an diesem Tag auch *Ludwig Erhard* ehren, der 1948 die Wirtschaftsführung der drei Westzonen übernahm. In jenem Jahr, genauer am 20. Juni, entstand mit der Währungsreform der neue Staat, obwohl er offiziell erst ein Jahr später auf die Welt kam.

### *Ludwig Erhards kühner Schritt in die Marktwirtschaft*

Doch schon am 18. Juni preschte *Erhard* vor: weg mit der Zwangsbewirtschaftung und Preisbindung. Darauf wurde er zum amerikanischen Militärgouverneur *Lucius D. Clay* zitiert. Warum er sich erfrecht hätte, eigenmächtig Vorgaben des Besatzungsrechts zu verändern? *Erhard* schoss zurück: „Ich habe sie nicht verändert, ich habe sie abgeschafft!“ *Clay*: „Meine Berater sagen mir, dass Ihre Entscheidung falsch ist.“ *Erhards* trockene Replik: „Das sagen meine auch!“ Es war ein historischer Augenblick, ein halsbrecherisches Wagnis. Der spätere Kanzler hatte mit seiner Frechheit nicht nur die Alliierten, sondern auch den Zeitgeist beleidigt. Denken wir nur an das Ahlener Programm der CDU, das praktisch den Weg in den Sozialismus vorzeichnete. Und nun der erste und bestimmende Schritt in die Marktwirtschaft, die Deutschland heute zum viertreichsten Land auf diesem Planeten gemacht hat.

Noch besser: Ohne Wirtschaftswunder kein Politwunder, das dieses Land zum Musterbeispiel einer freiheitlichen und stabilen Demokratie gemacht

hat. Dieses Land ist in so vielen Hinsichten liberaler als Frankreich und England, und es funktioniert mindestens so gut wie die Schweiz. Nicht schlecht, wenn man sich an Weimar und das „zwölfjährige Reich“ erinnert.

Aber da ist ein Wurm drin, den *Karl Marx* und *Friedrich Engels* mit „falschem Bewusstsein“ beschreiben würden. Erstens redet der deutsche Mensch nicht von Marktwirtschaft, sondern von Kapitalismus, was im Deutschen, anders als im Englischen, einen üblen Beiklang hat. Acht von zehn Deutschen assoziieren Kapitalismus mit Gier, Ungleichheit und Ausbeutung. Fast die Hälfte hat keine „gute Meinung“ vom hiesigen Wirtschaftssystem.

Dies ist zweitens umso erstaunlicher, als wir hier gar keinen Kapitalismus haben wie in den Zeiten von *Marx* und *Engels*. Weiland war der Staat in Friedenszeiten für fünf Prozent der Wirtschaftsleistung gut, heute für knapp die Hälfte. „Ausbeutung und Ungleichheit“ können nicht ein System beschreiben, in dem ein Drittel des Inlandsproduktes aus Transfers besteht, also Einkommen, das nicht auf dem Markt erwirtschaftet wird. Um das zu verdeutlichen: Der deutsche Gini-Koeffizient, der Einkommensungleichheit misst, ist innerhalb der OECD mit einem Wert von 0,5 relativ hoch. Nach Steuern und Transfers aber halbiert er sich fast und gerät zu einem der niedrigsten der Welt. Wir haben in diesem Land also reichlich von beidem: Wohlstand und Gleichheit. Die beste von allen Welten.

### *Keine Demokratie ohne Kapitalismus*

Wie hätte die Welt ohne Kapitalismus ausgesehen, dieser mächtigsten Wachstumsmaschine der Ge-

schichte, wo Gewinnstreben das Angebot treibt und Wettbewerb die Preise senkt, es sei denn, der Staat fährt mit Preisbindung, Subventionen oder Marktabschottung dazwischen. *Marx* und *Engels* hatten das schon richtig verstanden. Ohne dieses System wären wir noch im Feudalismus gefangen – mit Leibeigenen, die ans Land gekettet sind, und mit Lehnsherren, die den letzten Tropfen Mehrwert aus ihnen herausquetschen. Oder in einer Planwirtschaft à la Sowjetunion, die höchste Ungleichheit mit niedrigster Effizienz vereint hat.

Und dennoch reden wir hier vom Raubtierkapitalismus, als wenn wir im London von *Charles Dickens* lebten, der heuer 200 Jahre alt geworden wäre. Es ist sehr wohl wahr, dass weiland eine neue Lohnknechtschaft begründet wurde, die Elend und Ausbeutung nach sich zog. Aber das kapitalistische Raubtier streift nicht mehr durch den Westen. Es ist ein Hauskater geworden, der an der Leine des Wohlfahrts- und Umverteilungsstaates läuft, aber freundlicherweise kräftig genug ist, um uns märchenhaften Reichtum zu verschaffen.

Und trotzdem das „falsche Bewusstsein“. Ich zitiere hierzu *Joachim Gauck*. Verblüfft notiert er eine neue „antikapitalistische Welle“ in Deutschland und folgert: „Wer ausgerechnet der Wirtschaft die Freiheit nehmen will, wird mehr verlieren als gewinnen.“ Drücken wir das noch etwas kräftiger aus: Es gibt zwar Kapitalismus ohne Demokratie, aber keine Demokratie ohne Kapitalismus. Das ist kein Zufall. Am Anfang stand im Westen der Rechtsstaat. Nach der sogenannten Rule of law steht der Herrscher unter, nicht über dem Gesetz. Sie machte den Kapitalismus überhaupt erst möglich, indem sie das Eigentum schützte, die Willkür der Obrigkeit einhegte und Vertragstreue durchsetzte. Auf diesem Boden der Berechenbarkeit stand der Kapitalismus, der wiederum der Demokratie den Weg bereitete.

Wie das? – Einfach! Wo Eigentum und Wohlstand herrschen, wächst eine Mittelschicht heran, die nicht nur Gewinn, sondern auch Mitsprache will. Ich würde etwas frohgemuter auf den arabischen Frühling blicken, wenn er auf den historischen Nährboden des Rechtsstaates und des Kapitalismus zurückgreifen könnte. Aber läuft der Kapitalismus ohne Demokratie nicht prächtig in China? Heute, da wieder „Kapitalismuskrisis“ angesagt ist, glänzen abermals die Modelle der auto-

ritären Modernisierung oder des Staatskapitalismus.

Nur: Auch die forcierte Industrialisierung unter *Stalin* und *Hitler* glänzte eine Zeit lang. Doch der deutsche Weg führte in den Weltkrieg, während der sowjetische vor zwanzig Jahren an dem Wahn zerbrach, dass der Staat es besser wisse.

Leider kann der allmächtige Staat nicht endlos den Markt ersetzen, das beste Informations- und Korrektursystem seit Jäger- und Sammlerzeiten. Der Markt ist grausam, aber effizient. Er bestraft das Überkommene und belohnt das Neue. Der Staat denkt dagegen politisch. Er baut wettbewerbsfreie Räume, lenkt billiges Kapital in favorisierte Unternehmen, stärkt seine Macht durch Klientelwirtschaft. Das Politische schlägt das Ökonomische. So entsteht anfänglich rapides Wachstum, aber keine Freiheit und Innovationsfähigkeit. Die sprießt auf freien Märkten mit ihren vielen Kapitalquellen und Wettbewerbern. In China machen Staatsunternehmen 80 Prozent des Börsenwertes aus, und jede Statistik, die ich kenne, bescheinigt denen, dass sie deutlich weniger profitabel sind als die Privaten.

Kapitalismus ohne Demokratie? Die Geschichte sagt Nein. Die kommunistische Partei in China wähnt, das Volk auf ewig mit dem Slogan ruhigstellen zu können: „Bereichert euch, aber die Zügel bleiben in unserer Hand.“ Wenn das auf Dauer funktionierte, wäre China nicht von dieser Welt. Kommt es nicht zu Revolte und Repression in China, wird die List des Kapitalismus sich auch bei *Deng Xiaopings* Erben durchsetzen: Wachstum gleich Mittelschicht gleich Demokratisierung, die den Reichtum und das Sagen von den Bonzen zu den Bürgern umleitet. Siehe Taiwan, Südkorea und Japan, die alle als staatskapitalistische Systeme begonnen haben und ab einem gewissen Wohlstandsniveau die Diktatoren abgeschüttelt haben, in Japan den Einparteienstaat der LDP.

### *Die Rolle des Staates in der Finanz- und Schuldenkrise*

Zu guter Letzt möchte ich den Hauptanklagepunkt der gegenwärtigen Kapitalismuskritik aufnehmen: Der Staat kann es besser, derweil der Markt bloß Gier und Exzess hervorbringt. Tagtäglich lesen wir in den Zeitungen, wie Banker und

Hedgefonds-Manager ihre Gewinne privatisiert, ihre Verluste sozialisiert haben, und das auch mit krimineller Energie.

Blicken wir aber genauer hin: Die Suppe, an der sich die cleveren Jungs gelabt haben, hat der Staat angerührt, hier wie in den USA. Die Finanzkrise haben die Staaten aufgelegt. In Europa mit astronomischen Schulden, die ein zentrales Gebrechen des modernen Wohlfahrtsstaates widerspiegeln: Dieser gibt grundsätzlich mehr aus, als er einnimmt.

In Spanien war es das billige Geld, das die Immobilienspekulation genährt hat, in Amerika ebenso mit dem Slogan „Wohneigentum für alle“, der dafür gesorgt hat, dass 30 Millionen Hypotheken an Schuldner verschleudert wurden, die sie nicht bedienen konnten. Hier wie dort haben die Zentralbanken seit den 1990ern eine Billionen-Blase mit billigem Geld aufgepumpt. Dies ist keine Kapitalismus-, sondern eine Entschuldungskrise, und der Staat hat sie überhaupt erst möglich gemacht.

Weiß der Staat es wirklich besser? Wenn dem so wäre, wären nicht ausgerechnet unsere Landesbanken am tiefsten in die Pleite gerasselt. Wenn, so das jüngste Beispiel, Barclays nicht mit der Bank of England gekungelt hätte, hätte sie nicht die Zinsmanipulationen durchziehen können. Gier und Exzess – gewiss doch. Aber der Staat war der große Begünstiger, ja der aktive Mitschuldige am Desaster. Ganz schlicht gefragt: Wieso sollte ein verdienter Politiker, der mit dem Vorstand einer Landesbank belohnt wird, es besser wissen?

Er weiß es nicht, und deshalb sollte unsere Staatsgläubigkeit bescheidener sein. Wer heute „Kapitalismuskrise“ sagt, müsste in Wahrheit von der „Staatskapitalismuskrise“ westlicher Prägung reden. Deshalb zurück zum Namensgeber des Preises, der heute verliehen wird. *Ludwig Erhard* hat zwar den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft geprägt, aber dahinter stand der Ordoliberalismus, der nicht etwa den ohnmächtigen Staat predigt, sondern ihm eine entscheidende Aufgabe zuweist. Er soll die Wirtschaft nicht führen, sondern einen Ordnungsrahmen für freien Wettbewerb zimmern.

Mit dem Adjektiv „frei“ sind gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle gemeint, was die Angelsachsen ein „level playing-field“ nennen. Der Ordnungsrahmen soll Monopole und Oligopole verhindern, die Freiheit aller vor der Marktmacht mancher schützen. Er soll für Chancengleichheit, nicht für Ergebnisgleichheit sorgen. Und er soll dabei aufpassen, dass niemand vom Wagen fällt. Eben Marktwirtschaft plus Soziales. Deshalb sollten wir heute nicht allein die Preisträger *Weidmann* und *Joffe* ehren, sondern auch und vor allem *Ludwig Erhard*, der im Februar 115 Jahre alt geworden wäre. Mit seiner frechen Offensive gegen die Alliierten hat er vor 64 Jahren den Grundstein dieser Republik gelegt.

Dieser Mann ist heute aktueller denn je. Winken wir ihm zu, falls er gerade auf seiner Wolke seine Zigarre schmaucht. Und sagen wir uns selber: weniger Etatismus, mehr *Erhard*. Er hat unsere Verehrung verdient, heute mehr denn je. Ich danke der Jury für diesen prächtigen Preis. ■